

Berlin braucht ein Bürgerforum

Die Bürgerschaft muss sich an der Entscheidung über das Schicksal der wiedergefundenen Altstadt beteiligen können.

Als „Wiederkehr der Städte“ bezeichnete der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel die Befreiung Mittelosteuropas im Jahre 1989. Zwanzig Jahre nach dem Fall der Mauer, nach dem Wunder der Vereinigung, erlebt Berlin nun die dramatische Rückkehr seiner vergessenen Altstadt. Bislang hatten die Berliner glauben müssen, sie sei durch die Zerstörungen des 20. Jahrhunderts restlos beseitigt worden. Nun tauchen bei den Grabungen im einstigen historischen Zentrum Grundmauern, gotische Gewölbe, alte Pflasterungen, Lateinschulen, Klosterrelikte auf. Es ist ein zweites Wunder, eine tief bewegende Rückkehr der Stadtgeschichte, deren Erinnerung verloren schien. Selbst für den Regierenden Bürgermeister ist es eine Wende des Stadtverständnisses: *„Was bisher Freifläche war, entpuppt sich jetzt als die vitale Mitte Berlins.“* Nirgendwo sonst in Europa kann eine derartige Erfahrung mit der eigenen Stadt gemacht werden.

Was jetzt durch die Stadtarchäologie sichtbar wird, ist Berlins gemeinsames Erbe, ein Erbe, dessen Erforschung noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern erst am Anfang steht. Dieses Erbe gehört weder den Ostberlinern, noch den Westberlinern, weder den Grundstückseigentümern noch den Stadtplanern, weder dem Bund, noch dem Land, noch der Regierung, noch der Senatsverwaltung – es gehört allen Berlinern. Es ist die greifbare Vergangenheit der ungeteilten Stadt.

Die Stadt steht jetzt vor einer einzigartigen Entscheidung. Nicht der Senat oder die Senatsverwaltung, nicht die Stadtplaner oder die Grundstückeigentümer, weder das Land noch der Bund haben das Mandat oder das Recht, endgültig zu entscheiden, was mit dem Erbe geschehen soll. Es ist der Bürger allein, der eine Entscheidung von einer so großen Tragweite verantworten kann und muss: ob das Erbe angenommen oder für alle Zeiten ausgeschlagen wird. Er muss jetzt entscheiden, was die Zukunft seiner Stadt sein soll. Herausgefordert sind jetzt nicht nur „die Betroffenen“, die jetzt am Rande des einstigen historischen Zentrums wohnen. Die Mitte Berlins geht alle an, ganz gleich, ob sie aus Marzahn oder aus Spandau kommen.

Sie alle stehen nunmehr vor einer Alternative: Soll das Zerstörungswerk des 20. Jahrhunderts vollendet werden und 700 Jahre Geschichte eines vereinten Berliner Stadtzentrums für immer weggeräumt werden? Oder soll das, was alle Geschichtsfeindschaft überlebt hat, als Auftrag verstanden werden, die geschichtliche Identität des Berliner Zentrums wieder zu rekonstruieren? Keine Metropole in Europa steht vor einer solch großen Herausforderung.

Nirgendwo sonst wird von der Bürgerschaft einer Stadt eine so große Verantwortung abverlangt.

Wir, die Berliner, müssen uns eingestehen, dass wir für diese Entscheidung schlecht gerüstet sind. Die Stadt und die Stadtplanung hat nach dem Krieg viel getan, die mittelalterliche Geschichte Berlins vergessen zu machen. Sie hat über die einst eng bebaute Mitte ahistorische Verkehrs- und Stadträume gelegt. Seit der Wende haben die Berliner Universitäten keinen Lehrstuhl für Landeskunde mehr. Lehrer werden nicht mehr in Heimatkunde ausgebildet. Das historische Wissen der Berliner ist daher unzuverlässig und einseitig. Dass die Stadt einst eine Hansestadt war oder dass sie eine reiche mittelalterliche Vergangenheit hatte, ist kaum bekannt. Auch die Teilung der Stadt hat alle Berliner dem historischen Zentrum entfremdet. So empfindet der Berliner sich nicht so sehr als Bürger, sondern als Einwohner seiner Stadt, der sich mit seinem Kiez identifiziert. Der Berliner muss nun lernen, sich wieder mit der Stadt als Ganzes zu identifizieren.

Um nun eine solche Entscheidung über die Zukunft der ausgegrabenen Altstadt treffen zu können, reicht es nicht aus, wenn der Senat oder die Stadtplanung den Berlinern diktiert, was sie von der Geschichte ihrer Stadt wissen sollen. Die Berliner müssen ihr Erbe selbst kennen lernen; sie müssen sich ihre vergessene Geschichte wieder aneignen und sie müssen anfangen, miteinander zu debattieren, was mit dem Erbe zu geschehen hat. Darum braucht Berlin einen Ort der Information, des Wissensaustausches, der Debatten, um die Voraussetzung zu schaffen, damit die Bürger Berlins zu einer demokratischen Willensbildung über die Zukunft des historischen Zentrums befähigt werden. Daher ist die Einrichtung eines regelmäßig tagenden Bürgerforums als öffentlichen Informations- und Debattenort unbedingt erforderlich.

Dieses Bürgerforum sollten idealerweise der Ort sein, an dem die Kräfte und Kompetenzen, die die Stadt mit ihrer Geschichte auch hat, nun zusammenfinden. Es gibt viel Wissen in stadthistorischen Vereinen, bei Landeskundlern, Archäologen, Stadtplanern. Sie vor allem müssen miteinander ins Gespräch kommen; hierzu ist es erforderlich eine geeignete parteienunabhängige Institution ins Leben zu rufen: Das *Bürgerforum Historische Mitte* .

Die Berliner brauchen diesen Ort, um sich informieren zu können, über welche Vorleistungen für eine Rekonstruktion der Altstadt die Stadt schon verfügen kann. Denn Berlin hat schon einen Plan zur Wiederherstellung seiner historischen Orte. Aber dieser Plan ist in seiner Bedeutung noch immer nicht zureichend bekannt: Mit dem *Planwerk Innenstadt*, das 1999 vom Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde, ist der historische Stadtgrundriss

Landesgesetz. Damit ist stadtplanerische Grundlage für ein Bauen im historischen Zentrum gegeben. Die vorgeschlagene Methode ist demokratisch und bezieht als Entscheidungsträger ausdrücklich alle Bürger ein.

Die Rekonstruktion des Viertels um den ehemaligen Molkenmarkt wird jetzt von der Senatsbauverwaltung zur Baureife geführt. Der Wiederaufbau des Stadtschlusses hat nun seinen Zeitplan. Die Wiederherstellung der mittelalterlichen Platzkette (Spittelmarkt, Altcöllner Fischmarkt, Molkenmarkt, Neuer Markt) hat begonnen. Für all diese Ansätze muss endlich eine gemeinsame Stadtöffentlichkeit organisiert werden. Alle neuen Planungen und Bauten müssen einen Kompromiss zum historischen Stadtgrundriss und auch zu den neu entdeckten historischen Relikten finden. Als Träger dieses Kompromisses kommt nur die debattierende Bürgerschaft in Frage. Sie muss in die Prozesse einer demokratischen Konsensfindung eingebunden sein. Auch diese ist ein zwingender Grund für die Institutionalisierung eines Bürgerforums.

Damit die Institutionalisierung eines solchen Bürgerforums erfolgreich ist, bedarf es einer großen Anstrengung, einer langfristig arbeitenden Initiativgruppe und einer ausreichenden Finanzierung. Der geeignete Ort muss gefunden werden. Ein attraktives Anfangsprogramm und eine Methode einer ergebnisorientierten Debatte gilt es zu entwickeln. Als Beginn wird der Zeitraum Ende Januar/Anfang Februar vorgeschlagen.